

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Wertags

Telephon Nr. 1

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,28 M. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg., die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 14

Freitag, den 17. Januar 1919

36 Jahrgang.

## Für Groß-Deutschland!

### Rundgebung der deutschen Presse.

Wir demonstrieren heute mit der gesamten deutschen Presse für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

Uebereinstimmend mit dem ganzen deutschen Volke fordern wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland. Der Wille der Deutsch-Österreicher ist auch der unsere.

Wir grüßen unsere Brüder in Deutsch-Österreich, besonders auch die tapferen Verteidiger Deutsch-Böhmens, des Sudetenlandes und der deutschen Südbalkan, als Vorgesetzten Groß-Deutschlands.

## Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Trier, 16. Jan. Gestern vormittag wurden die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands vom 17. Januar ab im Salonwagen des Marschalls Joch eröffnet. Der Vorsitzende der deutschen Kommission, Staatssekretär Erzberger, hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Das deutsche Volk will Frieden. Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprachen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands. Das deutsche Volk hat die Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Möglichen erfüllt. Wenn die Bedingungen nicht eingehalten worden sind, trifft unsere Gegner fast ausschließlich die Verantwortung, so namentlich in der Frage der Abgabe des Verkehrsmaterials. Am 5. Jan. 1919 waren von den Alliierten übernommen: 1821 Lokomotiven und 68.304 Wagen. Zur Uebergabe vorgeföhrt aber waren 4907 Lokomotiven und 106.523 Wagen. Daher muß eine Konvention deutscherseits abgelehnt und eine weitere Verlängerung der Frist für die Uebergabe des Verkehrsmaterials gefordert werden. Deutschland ist entschlossen, die Verpflichtungen des Waffenstillstands loyal zu erfüllen, aber die Alliierten haben ihrerseits das Waffenstillstandsabkommen planmäßig verletzt. Ungehinderter Verkehr und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland sind beeinträchtigt worden. Mit Entrüstung erblicken wir das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden in Elsass-Lothringen. Alle Maßregeln der verbündeten Regierungen in Elsass-Lothringen beweisen, daß Frankreich darauf ausgeht, der Entscheidung des Friedensvertrags vorzugreifen und Elsass-Lothringen zu annektieren, ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nur im geringsten geachtet wird. Derselbe Protest muß gegen das von der Entente angebotene oder vielmehr aufgezwungene Finanzabkommen erhoben werden, das Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente ausliefert. Zum Schluß lege ich der Entente drei Fragen vor. Wann werden sie die Blockade aufheben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von dem Stand der Ernährung wird es zum großen Teil abhängen, wie die innerpolitische Lage Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es getragen, waffenlos zu werden, aber es würde es nicht ertragen, brotlos zu werden. Der Hunger würde nur feilsche Zustände hervorrufen, deren Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Ich warne sie. Auch ihre Völker sind nicht gefest gegen die Weltrevolution. Die zweite Frage ist: Wird die Entente die bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Regelung der Rückführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Vorfrieden erfolgen. So führt die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir in der Lage sein, einen Vorfrieden zu schließen? Mehr als zehnmal hat die deutsche Regierung versucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Vorfriedens anzuknüpfen. Es ist keine Antwort

folgt. Der Gewalt des Siegers stelle ich das Recht des deutschen Volks auf Fortentwicklung gegenüber. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Trier, 16. Jan. Im Verlauf der Sitzung der Waffenstillstandskommission überreichte Staatssekretär Erzberger folgende gemeinsame Note der bayerischen, der württembergischen und der badischen Regierung: Trotz des redlichen Bemühens wird es nicht gelingen, bis zum 16. ds. Mts. die geforderten Eisenbahnfahrzeuge abzuliefern. Die Durchführung der Ablieferung fiel zusammen mit der Demobilisierung der Wehrmacht, also der höchsten Inanspruchnahme der Eisenbahnen. Die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse haben den Eisenbahnbetrieb außerordentlich erschwert und den Fortgang der Arbeiten in den Werkstätten gehemmt. Ganz besondere Schwierigkeiten liegen darin, daß der Lokomotiv- und Wagenpark der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen in den von der Entente geforderten Mäßen nur in geringem Umfang ausgestattet ist. Es überwiegen hier die leichten und mittelstarken Lokomotiven; auch sind die nur in beschränkter Zahl zugelassenen Tenderlokomotiven besonders stark vertreten. Von den Personenzugwagen wurden bis vor wenigen Tagen die hier fast ausschließlich üblichen Wagen mit Mittelgang zurückgewiesen. Für alle Gattungen von Fahrzeugen, vor allem für die Güterwagen, gilt, daß heute nach einer Kriegsdauer von 4 1/2 Jahren und der damit zusammenhängenden Absperrung der wichtigsten Bau- und Betriebsstoffe der Zustand weit unten im Frieden gesunken ist. Würden die Ueberwachungskommissionen dem Rechnung getragen und die Fahrzeuge in der Art und in den Zustand übernommen haben, die er dem derzeitigen durchschnittlichen Zustand der deutschen Fahrparties entspricht, so wären die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen trotz alledem in der Lage gewesen, die geforderte Anzahl betriebs- und benützungsfähiger Fahrzeuge fristgemäß zu liefern. Die Steigerung der Anforderungen weit über dieses Maß hinaus erfordert eine erhebliche Streckung der Fristen. Die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen beklagen heute ihren Verkehr ausschließlich mit Fahrzeugen, die den betriebsdienstlichen Anforderungen gerade noch genügen. Ihre Werkstätten arbeiten schon seit Wochen fast nur noch für die Instandsetzung der abzugebenden Fahrzeuge. Der Personen- und Güterverkehr ist aufs äußerste eingeschränkt. Die unterzeichneten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, daß sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Sie sind bereit, Abgesandten der Entente vollen Einblick in ihre Lage zu gewähren. Namens der bayer. Regierung: v. Fraendorfer. Namens der württ. Regierung: Staatsrat S. Stielner. Namens der bad. Regierung: Ministerialdirektor Herrmann.

Weiter wird aus den Verhandlungen gemeldet: Marschall Joch erklärte sich namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen:

Obwohl bei den Lieferungen seit der Erneuerung des Waffenstillstands bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was laut der festgesetzten Vereinbarungen hätte erreicht sein sollen. Infolge dieser Vereinbarung in Spa am 17. Dezember muß die deutsche Regierung also als Strafe für diese Verzögerung abliefern: 500 Lokomotiven und 19.000 Wagen, davon 4000 für Elsass-Lothringen. In Anbetracht eines Teiles des Willens der alliierten Regierungen durch die Forderung der Lieferung dieses ergänzenden Eisenbahnmaterials nicht die Schwierigkeiten Deutschlands zu vermehren, andererseits in Anbetracht der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerung der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten Ländern verursacht, wird bestimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das Eisenbahnmateriale folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte bis 17. Februar zu übergeben hat:

400 vollständige Dampfplüge mit doppelter Maschine und dazu eingerichtetem Pfluge, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerebremaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Grabenplüge, 12.500 Eggen, 6500 Messerregen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Großhaken, 2500 Grassämaschinen, 2500 Heuwendel, 3000 Bindemäher.

neu oder in sehr gutem Zustand, mit dem zu jedem Gerät gehörigen Zubehör und mit den Ersatzteilen für einen Betrieb von 18 Monaten. Es stellt im Ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter einem Zehntel des Werts des geschuldeten Eisenbahnmateriale steht. Diese Lieferung ist unabhängig von der geschuldeten Rückzahlung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch genommenen landwirtschaftl. Materiale.

Artikel 10 (Kriegsgefangene): Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung den Straßenzug gegen die Schuldigen; sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht. Um den russischen Gefangenen und Besetzen der Menschlichkeit entsprechende Behandlung und Heimbeförderung zu sichern, bestimmen die alliierten Regierungen Offiziere der Alliierten werden eine Kommission bilden mit dem Sitz in Berlin, die beauftragt sein soll, alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der deutschen Regierung zu behandeln. Die alliierten Regierungen behalten sich das Recht vor, die Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen in dieser oder jener Weise anzuordnen.

In Artikel 19 (finanzielle Bestimmungen): In Anbetracht der oben herangezogenen Verluste und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich vorzubehalten, von jetzt ab, wenn dieses für angemessen erachtet wird, den durch die Forts des rechten Rheinsfers geschaffenen Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor dieser Fort zu besetzen. Der Besetzung soll keinerlei Verletzung von Material von Räumlichkeiten vorhergehen. Die Einfuhrung der neutralen 10 Kilometer soll entsprechend vorgeföhrt werden.

Rückhaltung des auf dem französischen und belgischen Gebiet weggeführten Materials: 1. Auf Verlangen der französischen und belgischen Regierung sollen die Maschinenelle, industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsgeräte, die verschäderten Zubehörsätze jeder Art und im allgemeinen jeder Art, sowie alle landwirtschaftliche Gebrauchsgüter, die aus dem Gebiet, welche die deutsche Heere an der Westfront besetzt hatten, unter welchem Vorwand auch immer von den militärischen oder Zivilbehörden oder von einzelnen Personen fortgenommen worden ist, in unverändertem Zustand zur Verfügung der Alliierten zurückgegeben werden. 2. Die deutsche Regierung wird die Waffenstillstandskommission schleunigst alle amtlichen oder privaten Rechnungsbücher, die sich auf diese Gegenstände beziehen, übermitteln, ebenso alle Verkaufs-, Miet- oder sonstigen Verträge, den gesamten darauf bezüglichen Schriftwechsel, alle Erklärungen und alle wesentlichen Auslagen über das Vorhandensein, die Herkunft, die Umwandlung, den augenblicklichen Zustand und den Lagerort dieser Gegenstände. 3. Bevollmächtigte der französischen oder belgischen Regierung werden in Deutschland Feststellungen und Nachprüfungen an Ort und Stelle vornehmen lassen, wenn ihnen diese zweckdienlich erscheinen. 4. Die Rückführung wird gemäß besonderen Weisungen erfolgen. Inbegriff sind insbesondere die Lager jeder Art in Parks, auf der Eisenbahn, auf Schiffen oder Werken von Treibern, elektrischen Motoren oder Motorrollen und Schiffsfahrzeugs usw., die aus Frankreich, Belgien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Elsaß, bzw. Lothringen und Italien entnommen wurden. 5. Die Einreichung der Rückgabe muß innerhalb einer Frist von vollen 8 Tagen ab 20. Januar 1919 beginnen und vor dem 15. Februar 1919 abgeschlossen sein.

Marschall Joch erwartet eine endgültige Antwort morgen vormittag.

Der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission lief gestern abend in Trier ein. Im Gegensatz zu der Einfahrt bei den Dezemberverhandlungen erfolgte diesmal die Fahrt der Kommission in die verschiedenen Hotels in völliger Freiheit. Die amerikanische Besatzung verhält sich in jeder Beziehung durchaus einwandfrei.

## Neues vom Tage.

### Der Entwurf zur Reichsverfassung.

Berlin, 15. Jan. Der Rat der Volksbeauftragten hat sich gestern und heute mit dem Verfassungs-Entwurf beschäftigt, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Der Entwurf ist vom Staatssekretär Preuß und seinen Mitarbeitern im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden. Der Bundescharakter des Reichs wird in der neuen Verfassung gewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet. Das Parlament wird sich aus einem vom gesamten Volk zu wählenden Volkshaus und aus einem Staatenhaus zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volkvertretern der Einzelstaaten gewählt werden.

### Die Nationalversammlung.

Berlin, 16. Jan. Für die Sicherung der Wahl zur Nationalversammlung sind im ganzen Reich Vorkehrungen getroffen worden. Womöglich wird die Versammlung in den ersten Tagen des Februar einberufen. Ueber den Ort ist noch keine Entscheidung getroffen.

### Die geistliche Schulaufsicht.

Berlin, 16. Jan. Auf den Einspruch der preussischen Bischöfe gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht erwiderte der Minister des Innern, Dr. Lehmann, die Errichtung des früheren Kulturministers A. Dornum.



bestehen nicht zurecht, da sie veröffentlicht worden sei, ehe sie dem Gesamtministerium vorgelegt wurde. Die Angelegenheit werde durch die preuss. Nationalversammlung geregelt werden.

### Die Lage in Berlin.

**Berlin, 15. Jan.** Bei der heute vorgenommenen Besetzung von Stadtteilen Groß-Berlins durch die regierungstreuen Truppen zum Zwecke der Waffenabnahme soll es in verschiedenen Fällen zu bedauerlichen Vorkommnissen gekommen sein. So wird behauptet, daß das Parteibüro der Unabh. Sozialdemokraten von 30 Soldaten unter Führung des Leutnants Schröder verwüstet worden sei und gründlose vorübergehende Verhaftungen vorgekommen seien. Es handelt sich um eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstag. Schröder ist bereits festgenommen und eine Feststellung des Tatbestands unter Einziehung von Unabhängigen in die Wege geleitet.

**Berlin, 16. Jan.** Im Zeitungsquartier wurde in vergangener Nacht vereinzelt geschossen. Der Eingang der 5 Divisionen in Berlin und die Einteilung der Stadt in Sicherheitsbezirke hat beruhigend gewirkt. Der Streik der Berliner Hochbahnangestellten wurde beendet. Der Stadtbahnverkehr ruht noch. Der Grund der Einstellung ist nach dem „Vokalanz“ der Mangel an Lokomotiven infolge der Abgaben an die Feinde.

### Liebknecht verhaftet.

**Berlin, 16. Jan.** Wie übereinstimmend in verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, gelang es gestern in später Abendstunde, Karl Liebknecht in der Wohnung eines seiner Freunde in der Mannheimerstraße zu verhaften. Zwei Mann von der Garde-Kavallerie-Infanteriedivision fanden ihn dort auf und nahmen ihn fest und brachten ihn in das Stabsquartier im Edenhotel. Er wurde unter starker Bedeckung in einem Auto an einen sicheren Ort gebracht, über den zur Zeit laut „Berl. Vokalanz“ Stillschweigen bewahrt wird. Bald nachdem das Auto verschwunden war, wurde auch Rosa Luxemburg in das Edenhotel eingeliefert.

**Berlin, 16. Jan.** Bekannt auftretende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht verhaftete Karl Liebknecht sei auf einem Fluchtversuch im Tiergarten am Neuen See erschossen worden. Die verhaftete Rosa Luxemburg soll während ihres Abtransportes aus dem Edenhotel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und getötet worden sein. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor.

**Berlin, 15. Jan.** In den beiden letzten Nächten sind bei dem Bahnhof am Anhalter Bahnhof 50 000 Exemplare der „Noten-Zahne“ beschlagnahmt worden. In den betreffenden Nummern des Spartakusorgans war zu „Neuen Taten“ aufgereizt worden.

**Wandsbeck, 16. Jan.** In einem hiesigen Lokal sind auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats 18 Spartakisten verhaftet worden, die als Verstärkung für Berlin gebracht waren. Verschiedene junge Matrosen waren darunter. Sie hatten ein Handgeld von 200 Mk. bekommen und waren, wie sie sagten, dem Werberin gefolgt, weil ihnen ein Tagelohn von 20 Mk. versprochen worden war. Auch in anderen Städten sollen solche Anwerbungen stattgefunden haben.

### Das Standrecht in Bremen.

**Bremen, 16. Jan.** Der radikale Rat der Volkskommissare hat verfügt, daß bis auf weiteres außer den Sicherheitspatrouillen weder bewaffnetes Militär noch bewaffnete Arbeiter sich auf den Straßen aufhalten dürfen.

Am 10. Januar ist das Standrecht verhängt worden. Alle Bürger und Offiziere mußten bei Todesstrafe bis zum 11. Januar ihre sämtlichen Waffen abliefern. Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen geahndet. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr festgesetzt. Ueber alle bürgerlichen Zeitungen ist die Zensur verhängt worden. Zugleich sind sie genötigt, in ihrem redaktionellen Teil alles aufzunehmen, was ihnen vom Rat der Volkskommissare oder dessen Vertretern zugestellt wird.

**Hannover, 15. Jan.** Der A- und S-Rat Eng. haben hat den Kreis Hadeln (Hannover) als Teil der Republik Lüneburg erklärt und militärisch besetzt.

Nach der „Kreuztg.“ soll sich Adel-Sobellohn in Braunschweig aufhalten und herzoglichen Schloß, vor dem Maschinengewehre und Mörser aufgestellt sind, Wohnung genommen haben.

### Arbeitslosenunterstützung.

**München, 16. Jan.** Die Stadt München hat bis jetzt über 1 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen an Arbeitslose, deren Zahl derzeit 22 000 beträgt, ausbezahlt.

### Posen in polnischer Verwaltung.

**Berlin, 16. Jan.** Der oberste polnische Volksrat hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß er „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit“ die Leitung der Verwaltung der Provinz Posen übernommen und die kommissarische Führung des Amtes des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem (poln.) Rechtsanwalt Trampezniski übertragen habe. Der oberste polnische Volksrat hat geglaubt, die Erwartung auszusprechen zu dürfen, daß die Regierung gegen diese Maßnahmen nichts einzuwenden habe. (!) — Halbamtlich wird dazu bemerkt, daß bereits mehrere Tage vor Eingang dieser Mitteilung dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten in Posen seitens der preussischen Regierung eröffnet worden ist, daß Trampezniski keine Befugnisse, namens der preussischen Regierung irgendwelcher Amtshandlungen auszuüben. Den deutschen Beamten wird eine Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit in den zurzeit unter Gewalt des polnischen Volksrats stehenden Gebieten nur insoweit freigestellt, als nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen die Interessen der Gesamtbevölkerung es gebieten erscheinen lassen.

### Der Abtransport der Ukrainetruppen.

**Berlin, 15. Jan.** Durch das dauernde Anwachsen des Volkswidiums in der Ukraine wird die Lage der dort noch anwesenden deutschen Truppen immer unhaltbarer. Ihr Abtransport auf dem Landweg ist völlig ausgeschlossen. Es verkennt, daß die Entente-admirale Galtborne und Vesay den erneut bei ihnen gestellten Antrag auf Zulassung von Seetransporten zur Durchführung unserer Truppen nunmehr anerkannt haben und ihn bei ihren Regierungen beschränkt werden.

### Wahlberechtigung der Deutschen in Oesterreich.

**Wien, 16. Jan.** Die Angehörigen des Deutschen Reichs werden nach dem Beschluß des Staatsrats in Deutsch-Oesterreich unter denselben Bedingungen zur Wahl der österr. Nationalversammlung zugelassen, wie die Deutsch-Oesterreicher zur Wahl im Reich.

### Ein belgischer Strafantrag.

**Bern, 15. Jan.** Nach dem „Echo de Paris“ haben die Bewohner des belgischen Dorfes Ethe einen Strafantrag wegen Mordes gegen den deutschen Kronprinzen, den Prinzen Oskar und den Kommandeur des 50. sibirischen Infanterie-Regiments gestellt, weil bei der Zerstörung des Dorfes am 22. August 1914 256 Personen in den Klammern umgekommen und 212 getötet worden seien. Belgische Zeitungen verlangen die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der Uebergabe von Antwerpen durch die Zivilbehörden.

### Abdankung.

**Luxemburg, 16. Jan.** Großherzog Adelsheid dankte ab. Ihre Schwester Charlotte wird Großherzogin. Sie leistete vor einer Abordnung der Kammer den Eid auf die Verfassung. — Ein Erlass ermöglicht Ausnahmen von dem Verbot des Handels mit Deutschland zu Gunsten des Verkehrs mit den Bewohnern der von den Alliierten besetzten Gebiete auf dem linken Rheinufer.

### Der Volkswidiums.

**London, 16. Jan.** Die „Daily News“ melden aus Madrid, daß eine unruhige Stimmung unter den Arbeitern in Spanien, vor allem in Catalonien und Andalusien, herrsche. In Catalonien wurden mehrere Arbeiter ermordet. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Bewegung und hält alle Russen in Spanien unter strenger Aufsicht. Die konservative Presse verlangt Unterdrückungsmaßnahmen, während die linksstehenden Blätter politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Der konservative Minister Dato bereitet einen Angriff auf die Regierung vor, deren Sturz man in den ersten Tagen der neuen Woche erwartet. Romanones hat erklärt, er sei bereit, seine Entlassung zu nehmen, wenn eine starke monarchistische Regierung die Fäden in die Hand nehme.

**London, 16. Jan.** Die „Times“ melden aus Lima (Peru): Infolge Generalkrieges haben am Montag sechs in Callao und Lima alle Betriebe mit Einschluß der Eisenbahn stillgestanden. Die Eisenbahnen zwischen beiden Städten sind unterminiert. Zwischen den Truppen und den Ausländern ist es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen gekommen. Der Eisenbahnverkehr mit dem Innern des Landes ist noch nicht unterbrochen. In Valparaiso und Santiago (Chile) soll ebenfalls der allgemeine Ausstand ausgebrochen sein.

**Odesa, 16. Jan.** General Denikin brachte den Bolschewisten am Annapolus im Kaukasus eine schwere Niederlage bei. Alexandra und Gruschewa wurden nach dreitägigen Kämpfen befreit. Eine Anzahl Feldgeschütze und 24 Maschinengewehre wurden erbeutet. Ueber 1 000 Gefangene sind eingebracht.

**Washington, 15. Jan.** (Havas.) Ueber die Beaufichtigung der transsibirischen und der ostchinesischen Eisenbahn wurde von einer internationalen Kommission ein Abkommen geschlossen.

### Der Sozialismus in England.

**London, 16. Jan.** Reuter meldet: Der Bergarbeiterverband in Southport hat einstimmig die Entlassung aller in der Flotte und im Heer dienenden Bergarbeiter, den 6-Stundentag und die Verstaatlichung der Bergwerke verlangt.

### Krisen in Portugal.

**Madrid, 15. Jan.** (Havas.) Aus Portugal kommende Reisende erklären, daß sich in den letzten Tagen namentlich in Oporto schwere Ereignisse abgespielt haben. In diesem Orte kam eine von Major Albert Margarid befehligte Streitmacht an, um die ausländischen demokratischen Streitkräfte, welche die Stadt mit Hilfe von Wölfen besetzt hatten, zu unterwerfen. Am Freitag wurde den ganzen Tag über gekämpft; es gab zahlreiche Tote. Major Margarid erhielt eine Verstärkung von 1 000 Mann. Andere Truppen wurden in Braga und Vila Real zusammengezogen.

Der erste Waffengang ist ehrenvoll bestanden. Weder eine reaktionäre noch eine revolutionäre Mehrheit wird Württemberg beherrschen. Nun ruhen wir zum zweiten Male auf. Es gilt die Einheit des Reichs, das großdeutsche Ideal unserer Vorfahren von 1848! Deutsche demokratische Partei.

### Die reichste Partei.

Die reichste Partei. Ein Leser sendet uns folgendes Gedicht: Preßend mit viel schönen Reden für die nächste Landeswahl. Sagen deutsche Männer — Frauen Jungst im Gustav Siegle-Saal Deutsche Bürgerin und Bürger, Und wer sonst es mag noch sein, Treu zum Heil des Vaterlandes In die Bürgerpartei ein! Herrlichen und schönen Zeiten, Man euch hier entgegenführt; — Ganz nach altemährtem Wäcker, Als dem Deutschen es gebührt!

Wir versprechen goldne Berge, Gehen mit durch dünn und dick; — Unser Wahlspruch heißt wie immer: Monarchie und Republik! Schwarz und dunkel sind die Zeiten, Dann ein Herr vom Zentrum spricht, Schwarz und dunkel soll es bleiben! Kohlenmanell! Sparet Licht! Nun so höret denn Genossen! Sprach dann der Sozialdemokrat, Nur bei uns gibts Ideale, Nur im roten Zukunftstaat!

Arbeitslose kommt in Massen; Denn ihr findet bei uns Brot, Ihr verdient im Tag 10 Marker, Wenn ihr schlagt die Zeit uns tot! Weiter links dann der Genosse, Linker der von Spartakus, Briefen ihre edlen Ziele, Die gewicht durch manchen Schuß! Spraklet auf ihr künftern Mächte, Durch Gewalt in Rot und Tod! Sammelt euch ihr lieben Knechte, Um den Staat, der Rosa-rot!

Ah, zu was der vielen Worte, Sprach alsdann ganz schlicht und frei, In Vertrete von der Deutschen Demokratischen Partei! Ah, durch Worte, nur durch Taten, Mühe uns ein billig Band, für die Kräfte, um die Zukunft, für das deutsche Vaterland! Und es sprechen all die Männer, all die Frauen ringend um, Sehnd weit man, wo vertreten ist das deutsche Bürgerium! Und am Wahltag gebt die Stimme, In der fernsten Landesmark Der Partei, die eingetretten, für ein Deutschland groß und stark!

### Das Prinzip der liberalen Demokratie.

Die. Bei objektiver Betrachtung der Politik gilt es für den Wähler vor allem das politische Prinzip einer Partei, d. h. eine gewisse Grundanschauung in der Beurteilung politischer Dinge zu erkennen. Das leitende Prinzip der liberalen Demokratie ist die Freiheit. Sie will die möglichst freie Entfaltung und Betätigung der Persönlichkeit im Staats- und Wirtschaftsleben sichern und statt des größten, gleichen Maßes erstrebt sie in erster Linie größte Mannigfaltigkeit und Tüchtigkeit oder Leistungsfähigkeit aller sozialen Schichten und Individuen. Sie will die selbständigen, tüchtigen Persönlichkeiten zur Mitarbeit am höchsten Ziele des Menschenlebens, an der Förderung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, staatlicher, geistiger und sittlicher Kultur heranziehen. Daher ist auch ihre Politik weder radikal noch reaktionär, sondern liberal oder fortschrittlich. Weder Umsturz noch Beharrung oder Rückschritt, sondern ein gesunder für die Einzelnen oder das Ganze heilsamer Fortschritt ist die Lösung des Liberalismus.

Der dem Radikalismus und der Gleichheit kundigt, wird der sozialen Demokratie, wer die Bindung durch Obrigkeit will, wird der konservative Bürgerpartei, wer die geistliche Bevormundung will, wird dem Zentrum sich anschließen. Wer aber die Freiheit im geistigen, staatlichen, wirtschaftlichen oder religiösen Leben über alles schätzt und von dem Walle unternehmender, verantwortlicher Persönlichkeiten in erster Linie den Wiederaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens und die Förderung der Kultur erhofft, der wird der liberalen Demokratie gehören.

**Der „Ober“.** Folgendes charakteristisches Wahlspruch wird aus dem hohenthorischen berichtet:

In die Stadt am Herrgottsbach, wo auf der Freitanz der Herrgottskirche einst der Sendbote Tebel für den Wlaf gepredigt hat, war als Sendbote der Bürgerpartei Oberstabsarzt Klett erschienen, der gegen die bösen Demokraten zu Feld zog. Als nun nach ihm ein Kreglinger Demokrat das Wort ergriff und anging: „Der Herr Stabsarzt“, erhob sich dieser in voller Würde und protestierte: „Bitte Oberstabsarzt“. Da brauchte der Kreglinger nicht mehr viel Worte zu machen und durch die ganze Versammlung lief nach diesem Ausbruch von Tiefsucht ein Murren: Der „Ober“ mit seiner Partei wird zu unterst kommen in Kreglingen und zum Picolo werden. So geschah es auch. Und heute ist das ganze Frankenland über den durchgefallenen „Ober“ der Bürgerpartei.

### Württemberg.

Die. Stuttgart, 16. Jan. (Aus dem Parteileben.) Die neugewählten Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei traten gestern im Landtagsgebäude zu einer Fraktionsitzung zusammen. Der Vorsitzende der Partei begrüßte die neue Fraktionsgemeinschaft und in ihr besonders auch die ersten weiblichen Abgeordneten. Er wies auf die wichtige und verantwortliche Stelle hin, die der Fraktion als ausschlaggebender Partei zugefallen sei; sie werde die Blöße einnehmen, die früher das Zentrum innegehabt habe. Rasche Herstellung einer guten Verfassung sei zur Stärkung des Sicherheitsgefühls des ganzen Volkes die bedeutendste geschichtliche Aufgabe der Landesversammlung, welche am 23. Januar zusammenzutreten werde. In den Vorstand der Fraktion wurden einstimmig gewählt: Abgeordnete: Konrad Hausmann, Hieber und Grundmann, zu Schriftführern die Abgeordneten Löchner, Hopf und Fern. Reinath, und zum Kassier der Abg. Bayer. Es folgte sodann eine politische Aussprache, die sich u. a. auf die Konstituierung der neuen Landesversammlung bezog. Um die Arbeiten möglichst die beschleunigen, beschloß die Fraktion, sofort eine Arbeitssteigerung einzutreten zu lassen. Es wurden demzufolge ein Ausschuss für Staats- Gemeindepolitik und solche für Kirche und Schule, Fernährungsfragen und Landwirtschaft, für Uebergang

und sonstige Fragen und für Steuer- und Zinsfragen befehlt.

(\*) **Stuttgart, 16. Jan.** (Bürgergerichte.) Gestern wurde die Gründung eines Landesverbandes württ. Bürger- und Bauernräte beschlossen. In einer Entschließung erklärt sich der Landes-Bürger- und Bauernrat im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung für die alsbaldige Abschaffung des Notarwesens. Solange aber dieses System besteht, wird die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Bürger- und Bauernräte verlangt. Zum Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Dr. Lindenmaier, zu seinem Stellvertreter Amtmann Dr. Schwammberger, beide in Stuttgart, gewählt.

(\*) **Stuttgart, 16. Jan.** (Staat und Krone.) Der „Beobachter“ schreibt: Das ursprüngliche Vermögen der landesherrlichen Familie, das Kammergut, wurde bei der Aufhebung der altwürtt. Verfassung vom 30./31. Dezember 1805 zu „einem von dem Königreich ungetrennten Staatsgut“ erklärt. Aus diesem Kammergut sind die persönlichen Bedürfnisse des Königs als Staatsoberhaupt und der Mitglieder des königlichen Hauses und die Ausgaben usw. der Prinzen zu bestreiten. Die prov. Regierung löste die Zivilliste ab, indem dem König an ihre Stelle vom 1. Januar ds. J. ab eine jährliche Rente von 200 000 M. und nach seinem Tode seiner Witwe eine solche von 100 000 M. zugestanden wurde. Dafür hatte aber der Staat die sehr hohen Lasten der Zivilliste zu übernehmen, vor allem die Ausgaben für die bisherigen Beamten des Hofes, die Schloßherren, Justizräte usw., besonders für das Theater. Die Beamten des Hofes werden zum Teil im Staatsdienst verwertet, zum Teil müssen sie pensioniert werden. Der Reichsbrauch an der sog. Kronrenten, Immobilien und Mobilien, die Eigentum des Staates sind, und deren Unterhaltung der Zivilliste unterlag, (Residenzschloß, das Alteschloß, der Schloßbau, Hoftheatergebäude, Königsbau, Schloßgarten, Rosenheim-Wilhelma, Favoritepark, Rot- und Schwarzwaldpark bei der Solitude) ist aufgehoben worden und dem König lediglich Bebenhausen als Ausflugsort überlassen worden, während Friedrichshafen Privateigentum ist. Die von den Mitgliedern des königl. Hauses bewohnten Schlösser (sog. Kronrentenschlösser), die Staatseigentum sind, wurden am 31. März ds. J. geländigt.

(\*) **Stuttgart, 16. Jan.** (Die Beeridigung der Opfer.) Von den sieben bei dem Spartakusputsch ums Leben gekommenen wurden gestern nachmittag drei beerdigt: Auf dem Waldfriedhof der ehemalige Landsturmmann Friedrich Hoff, auf dem Friedhof der 46 Jahre alte Malermeister Paul Hartenstein und auf dem Bergfriedhof der erst 17 Jahre alte Karl Fischer. Die Beerdigung des letzteren benötigten die Spartakusleute und die Unabhängigen zu einer Demonstration gegen die Regierung. Im Trauerzug bemerkte man eine Anzahl Kränze mit roten Schleifen. Der Gesangsverein „Boroboris“ und „Aurora“ sangen revolutionäre Lieder. Clara Zeilin, die Genossen Anfried und Engelhardt schwiuren am Grabe, „den Mord“ zu rächen.

(\*) **Heilbronn, 16. Jan.** (Stehler und Hehler.) Zwei Lehrlinge einer hiesigen Großhandelsfirma entwendeten aus dem Geschäft Käse, Schokolade, Geldbeutel usw. im Wert von 1000 M. Drei frühere Soldaten vertrieben die Waren auf dem Lande im Hausierweg. Die drei Hehler sind festgenommen.

(\*) **Ludwigsburg, 15. Jan.** (Einbrecher.) In

der vergangenen Nacht stahlen Diebe, nachdem sie von Fenster eingedrückt hatten, in einem Ladengeschäft der Eberhardstraße Geldbeutel, Filzhüte, Hosenträger, Taschenlampen usw. im Werte von circa 700 M.

(\*) **Leonberg, 16. Jan.** (Besitzwechsel.) Die „Glems- und Wirmgan-Zeitung“ hört, ist der Verlag der „Dinginger Zeitung“ samt Grundstück an zwei Stuttgarter Herren verkauft worden. Der Kaufpreis soll 60 000 M. betragen. Der Betrieb soll bedeutend erweitert werden.

(\*) **Stuttgart, 16. Jan.** (Arbeitermangel.) Zu den von der Stadt geplanten Notstandsarbeiten hat sich ein Arbeitswilliger gemeldet. Auch ist den laufenden Arbeiten fehlt es der Stadt an Arbeitskräften.

(\*) **Sindelfingen, 16. Jan.** (Der älteste Wähler.) Der älteste hiesige Wähler am letzten Sonntag, vielleicht der älteste des ganzen Landes, war der 95jährige Webmeister (Altgefelle) Ch. Proß, ein verhältnismäßig noch ganz ordentlich bei Kräften stehender Junggefelte.

(\*) **Stuttgart, 16. Jan.** (Strafkammer.) Der 19 Jahre alte Fürsorgezögling Eugen Helleneschmidt von Wöhringen a. S., der früher in der Fürsorgeanstalt Schönbrunn untergebracht war, hatte wenig Freude an der Arbeit, desto mehr aber am Stehlen und am Kinobesuch. Der Angeklagte verübte gegenwärtig wegen versuchten Mordes eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren in Heilbronn. Vom 31. Dezember 1917 bis 15. Januar 1918 verübte er in der Umgegend von Stuttgart nicht weniger als 37 Einbrüche. Die gestohlenen Sachen brachte er dem 43 Jahre alten Buchhändler Paul Schäfer von hier, der ihm alles bereitwillig abnahm. Helleneschmidt wurde unter Einrechnung der zweiwöchigen Gefängnisstrafe zu insgesamt 4 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Hehler Schäfer mußte wegen des Amnestieerlasses freigesprochen werden.

### Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen nehmen neuerdings zu. Auch am Samstag und Sonntag ist nachkaltes Wetter zu erwarten.

— **Frühverlängerung.** Die Frist zur freiwilligen Meldung der Fahnenflüchtigen wurde bis 31. Januar verlängert. Der erste Aufruf scheint demnach nicht besonders wirksam gewesen zu sein.

— **Straferlass.** Die wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Hilfswortgesetzes verhängten Strafen sind, soweit sie noch nicht bezahlt oder verbüßt sind, mit sofortiger Wirkung erlassen worden.

### Versammlung der Deutsch demokratischen Partei.

Gestern abend sprach vor einer stattlichen Anzahl Frauen und Männer Herr Landtagsabgeordneter Fischer, über die stattgefundene Landeswahl und der bevorstehenden Nationalwahl, welche am Sonntag stattfindet. Herr Dr. Lauer eröffnete die Versammlung mit einem Überblick auf die derzeitigen Verhältnisse im Reich.

Herr Fischer führte etwa folgendes aus: Ein schwerer Wahlgang liegt zurück, ein 2. Wahlgang folgt am Sonntag und da ist es nötig auf einzelne Gesichtspunkte hinzuweisen. Die demokratische Partei ist als starkes Mittelstück aus der bürgerlichen Freiheit herausgezogen.

Hunderttausende von Wählern haben sich um uns geschaart so daß wir mit 38 Mandaten in den Landtag einziehen. Ein glänzendes Zeugnis trotz des Mißtraus und des Mangelgefühls der Soldaten, welche diese aus dem Feld mit nach Hause gebracht haben.

Die neuen Parteien, die Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtner und Landwirte, welche nur verdeckte Konservative sind, haben als Kampfmittel hauptsächlich die Religion

benützt und hiemit hauptsächlich die Frauen von Stube zu Stube verleitet. Die demokratische Partei steht entschieden auf einer reinlichen Auscheidung, was ihr ihre Stellung umso besser ermöglicht, daß weder von links noch von rechts übertriebene Forderungen ohne sie genehmigt werden können. Die Erledigung dieser Frage wird für die nächsten Wahlen gut sein, damit die unsaubere Agitation aufhört.

In die Nationalversammlung sende man die konservativen Männer, die seither nur ungute Antriebe gemacht haben. Die Konservativen sind es, welche es uns so schwer machen um das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen. Sie waren es, welchen jeden des Mißtrauens bezichtigt haben, wenn er an dem Militärwesen etwas ausgeübt hat und den Kadavergehorsam abschaffen wollte. Die Abschaffung der zweijährigen Militärdienst war ganz gegen ihren Willen. Und wie weit sind wir gekommen in 4 1/2 Jahren mit diesem System. Die Konservativen waren es, welche die Anker- und Entschädigungsgelüste so hoch getrieben haben. Wollten das unsern Feinde auch so nehmen? Sie sind es die dem Kaiser das Fundament untergraben haben, sie sind es ihm schuldig, wenn sie heute für sein Leben einstehen wollen. Sie sind es, die die Oberbochtheit des Kaisers betr. Wahlrecht des Preußen nur als eine Wahlvorlage behandelt haben.

Des Kaisers Worte vom 4. 8. 14. und treibt nicht Eröberungslist, haben sie schändlich mißbraucht. Ein Zusammenschluß der Nationalversammlung, das wird der Bund sein, welchen das Ausland respektiert für Wilhelm den II.

Den Wilson, welchen wir Frieden bitten haben sie geschmäht aufs äußerste und auf diesen Mann müssen wir uns noch verlassen, wenn man die Forderungen unserer Gegner hört.

Neuer Geist soll in der Nationalversammlung wehen, ehrlich in der Gedankenverlebung. Es ist eine staatliche Notwendigkeit die Deutsche demokratische Partei zu wählen. Helfen sie und klären diese auf, die von konservativen Elementen überredet worden sind. Nach links gewendet meinte der Redner gebe sich die Sozialdemokratie alle Mühe sich von den unabhängigen und Spartakusleuten loszumachen aber die Giftpflanzen Zeilin, Luzenburg und Liebknecht hatten doch den Geist in die Sozialdemokratie hineingetragen, welchen sie nicht ganz abwählen können.

Der Redner ermahnte noch die Anwesenden, zu helfen, daß die Deutsche demokratische Partei in die Nationalversammlung so einziehe, daß sie ein ausschlaggebendes Mittelstück nach rechts und nach links habe um auch immer zukunftsreich, wie auch nach außen bei unseren Feinden zu sein. Der Gedanke des Völkerfriedens und der Abrüstung sei der, der Deutsch demokratischen Partei von jeher gewesen.

Herr Fischer dankte noch den Frauen und Männer die so zahlreich für die demokratische Partei, zugewillt haben.

Herr Schlüter bemängelte, daß die demokratische Partei, wenn es ihr nicht paßt die Anträge der Sozialdemokraten zu genehmigen durch die Masken schlüpfe.

Auch die Zusammensetzung der Partei, auf Volkspartei und Nationalliberale, nahm er vor. Weiter beschäftigte sich Herr Schlüter mit der Württembergischen Chronik, daß dieselbe bei dem Prozentsatz der Wähler statt 100 Prozent 90 Prozent zusammenbringe.

Herr Fischer entgegnete, daß die demokratische Partei Forderungen, die sie für das Volkwohl schädlich halten, selbstverständlich ablehnen. Die Zusammensetzung der Partei als ein Großes Ganzes halte er für ein Glück.

Der heutigen Gesamtausgabe unseres Blattes liegt ein Flugblatt der württembergischen Bürgerpartei bei.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Württemberg. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

### Nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste für die Wahl zur Nationalversammlung.

Am Samstag, den 18. Januar 1919 von vormittags 9 Uhr an können gemäß Verfügung des Ministeriums des Innern vom 14. Januar ds. J. noch solche Wähler in die Wählerliste aufgenommen werden, die obwohl tatsächlich nicht in der Wählerliste laufend, eine amtliche Benachrichtigung über ihre Aufnahme erhalten haben oder die glaubhaft machen, daß sie die am 6. Januar abgelaufene Einspruchsfrist unverschuldet versäumt haben.

Wiltbad, den 2. Jan. 1919.

Stadtschultheißenamt: Wagner.

### Bekanntmachung

Das Viehseuchenverzeichnis auf 1. Dezember 1918 liegt vom 17. bis 24. Januar 1919 auf dem Rathaus (Meldeamt) zur Einsichtnahme durch die Viehbefitzer auf. Das Nähere ist durch Aufschlag am Rathaus ersichtlich.

Wiltbad, den 16. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt Wagner.

Morgen vormittag von 1/9 Uhr an, kommen auf dem Lebensmittelamt

### Kartoffeln, Kopfskollaben und rote Rüben.

Letztere 2 Sorten je das Pfund 15 Pfennig.

Städt. Lebensmittelamt.

### Geschäfts-Empfehlung.

Der titl. Einwohnerchaft Wiltbads und Umgebung, zur gest. Mitteilung, daß ich in meinem elterlichem Hause Rathausgasse 64 meine

### Glaserei

wieder eröffnet habe und bitte ich um Zuwendung alle in meinem Fach einschlagenden Arbeiten.

Gochachend

### Hermann Giese

Glasler

### Erklärung.

Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, öffentlich ihre Bedauern darüber auszudrücken, daß die religionskirchliche Frage vielfach in einer Weise in den Wahlkampf hineingezogen wird, welche unserer Kirche nur schaden kann. Es ist an vielen Orten gegen die Deutsche demokratische Partei der Verdacht ausgesprochen und verbreitet worden, daß sie es mit ihren programmatischen Erklärungen betr. Kirche und Religionsunterricht nicht aufrichtig meine. Die Abgabe des bürgerparteilichen Stimmzettels wurde nicht bloß in Versammlungen, sondern auch durch Flugblätter als Beweispflicht eines wahren Christen und die Abgabe eines anderen, also etwa des Deutschen demokratischen Stimmzettels, als eine Verleugnung Jesu bezeichnet.

Demgegenüber erklären die Unterzeichneten, daß das Programm der Deutschen demokratischen Partei in allen Punkten das selbe Anrecht auf Treue und Glauben hat, wie dasjenige irgend einer anderen Partei. Sie sind überzeugt, daß ihre Partei die ihr in der Landesversammlung zukommende einflussreiche oder ausschlaggebende Stellung auch dazu benutzen wird, die religionskirchlichen Lebensinteressen zu vertreten und zu wahren. Betreff des Religionsunterrichts wissen wir, daß die überlebende Mehrheit unserer Parteigenossen an der Trennung nach Konfessionen festhält. Sie bitten die Vertreter unserer evang. Kirche, zu bedenken, daß Zentrum und Bürgerpartei allein keine Mehrheit in der Landesversammlung bilden und daß es wesentlich von der Stellungnahme der Deutschen demokratischen Partei abhängt, ob die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und zwischen Kirche und Schule in einer Weise vollzogen wird, welche der evang. Kirche ihr ferneres Bestehen und Wirken als Volkspartei ermöglicht.

Stuttgart, 10. Januar 1919.

Stadtpfarrer Lamparter.

Stadtpfarrer Lio. Esenwein.

Wiltbad, den 17. Januar 1919.



### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, an dem uns so schwer betroffenen Verluste meines unvergesslichen Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders und Onkels

### Hermann Riezing

Wesserschmiedmeister

die wir in so reichem Maße erfahren durften, insbesondere für die vielen Kranzspenden, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, dem verehrlichen Lieberfranz für den erhebenden Gesang, für die letzte Ehre und Trauer, die ihm auch seitens des Kollegiums, Vereinen und Freunden bezeugt wurde, sowie allen, welche ihn während seiner Krankheit erfrachten und erwiderten und zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Dora Riezing mit Familie.

Verkaufe einen Posten

### Holzsohlenstiefel

mit gutem Lederbesatz Nr. 25—43 und gewähre 10% Rabatt

Gedarfscheinfrei

### Hermann Suß junr.

Schuhmacher.

Auch werden bei mir Holzschuhe wieder neu gefloht und sauber in Stand gesetzt.

# Aufruf!

Das Leben eines deutschen Staatsbürgers ist gefährdet durch die schamlose Forderung unserer Gegner, daß der in Amerongen internierte Wilhelm II. ausgeliefert werden soll! Die Ausführung dieser Absicht würde für Deutschlands Ehre eine neue, auf das tiefste demütigende Beleidigung bedeuten. Zur Verhütung der Auslieferung soll sich ein **Biesenbund** gestalten aus deutschen Männern und Frauen, die gewillt sind, dem deutschen Volke diese unendliche Schmach zu ersparen.

**Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!**

Der zu bildende Bund betont **andrücklich** und verwarnt sich von vornherein gegen die Unterschiebung anderer Absichten, daß es ihm fern liegt, durch irgend welche Bestrebungen die früheren Regierungsverhältnisse wieder einführen zu wollen, daß vielmehr der obige Zweck **sein einziges Ziel** darstellt.

Die früheren Diplomaten und sonstigen Ratgeber des Kaisers sollen durch den Bund veranlaßt werden, ihre Kenntnisse der Sachlage zwecks Verwendung als Zeitungsartikel unumwunden zur Verfügung zu stellen. Der Bund ist davon überzeugt, daß es durch das Zusammenfassen dieser Artikel zu einem Weißbuche leicht gelingen wird, die Unschuld Wilhelms II. an dem Ausbruch des Krieges vollkommen nachzuweisen und der Welt klar vor Augen zu führen, daß die Wahrheit durch die Entente derart verunstaltet worden ist, daß selbst im deutschen Volke — Gott sei's geklagt — Zweifler entstehen konnten.

Allein schon dadurch, daß **Millionenscharen deutscher Männer und Frauen** durch ihren Beitritt in den Bund diese Überzeugung offenherzig bekunden und scharfen Einspruch gegen die Auslieferung erheben, wird die holländische Regierung in dem Vorjahre bestärkt werden, den richtigen Standpunkt des Völkerrechts unerschrocken zu vertreten. Die Folge davon wird sein, daß die Entente es dem kleinen Holland hoch anrechnen wird, wenn es seinen **Führer** den so unendlich schwer geprägten ehemaligen deutschen Kaiser nicht schände im Stich läßt.

Wer nicht mitschuldig werden will an einem Verbrechen, das verhindert werden kann, wenn wir nicht **Gleichgültigkeit** an den Tag legen, der trete **frei und offen** unserem Bunde bei.

**Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelm II.**

Indem ich diesen Aufruf von Männern und Frauen Nord- und Süddeutschlands veröffentliche, erkläre ich meinen Anschluß an den Bund und bitte um zahlreiche Zustimmung- und Beitrittserklärungen an mich aus allen Ständen des Bezirks.

Fr. Reppner, Sägewerksbesitzer, Calmbach.

## Marmelade.

Auf Marke 21 wird abgegeben:  
**175 gr. Marmelade**  
 Außerdem wird auf Marke 22 als Zulage für  
 Schwerarbeiter 500 gr. Schwerarbeiter 750 gr.  
 abgegeben.  
 Listes Schluß Samstag nachm. 4 Uhr.  
 Städt. Lebensmittelamt Wildbad

## Tamavino

**Gesunder Obstmost Ersatz**

in Portionen für 100 Ltr.  
 mit künstl. Süßstoff M. 9—  
 ohne künstl. Süßstoff für 75 Ltr. M. 6—  
 empfiehlt  
**Robert Treiber,**

## Deutsches Volk erhebe Dich!

Wir sind besetzt, unsere staatliche Macht ist zusammengebrochen und das Wirtschaftsleben niedergeworfen.

### Ist aber unser Nationalgefühl erstorben?

In den besetzten Gebieten im Westen richten sich unsere blühenden Gegner bereits häuslich ein und das Saar-Kohlenbecken ist in Gefahr.

Der Franzose schielt auch nach der Pfalz. Der Belgier möchte sich gerne mit dem Aachener Gebiet entschädigen.

Am tollsten treibt es aber der Pole, den wir von der russischen Krone befreit haben. Als Dankbezeugung streckt er seine Polypenarme über die Provinz Posen, Ost- und Westpreußen, die Kornkammern Deutschlands, sowie über die Kohlengebiete Oberschlesiens.

Beim Friedenslangweh sollen — so denkt der Feind — dem auf der Anklagebank sitzenden deutschen Volke vernichtende wirtschaftliche Bedingungen aufgezwungen und seine Kolonien aufgeteilt werden.

Die Revolution hat den freien Volksstaat geschaffen.

### Die junge Republik ist in Gefahr,

ihr durch den Krieg todkranke Körper droht zugrunde zu gehen. Gierige Wölfe warten darauf, ihn zu zerfetzen.

Wirtschaftliche und soziale Vervollständigung der arbeitenden Klasse bleiben ein Traum, wenn die Welt uns knechtet und wir der Sklaverei unserer Feinde verfallen!

### Aber Deutschland ist nicht die Türkei!

Darum Hände weg von unserem Boden.

Das befreite Volk darf nicht in unmenschlicher Weise für die Sünden des gestürzten Militarismus büßen müssen.

Auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons haben wir die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet.

Jetzt gilt es, unsere Einigkeit zu betätigen und der Welt Würde zu zeigen.

Als freies Volk unter den Völkern wollen wir in einen Frieden der Versöhnung eintreten.

Deutsche aller Klassen und Parteien stellt Euch geschlossen hinter eine durch Volkswahl erstandene starke Regierung! Sie und das Ausland sollen wissen,

daß die Unversehrtheit des Reichsgebiets und Vereinigung aller Deutschen im Namen der Gerechtigkeit und im Interesse des Zustandekommens eines Völkerbundes vom ganzen Volk gefördert werden.

**Deutsche demokratische Partei.**

## Abbitte.

Die gegen die Dankvorstände Wagner, Rath und Bosh von uns verbreitete Verleumdung nehmen wir als unwahr eruntigt zurück unter Zahlung von Bußen von 50 M. und 20 M. an die hiesige Kleinkinderschule und leisten öffentlich Abbitte.

Wildbad, 15. Jan. 1919.

**Georg Rath  
Joseph Mayer**

S. B.  
 Der Sühnebeamte:  
**Stello Schmid.**

## Wohl

**Lothar Schnupstaback**

100 gr. : 40, 1.50, 1.60

im Piquantepapiergeschäft

**Ehr. Schmid u. Sohn.**

Ziehung garantiert

nächste Woche.

Letzte große  
**Schwenninger**  
**Geld-Lotterie**  
 Nur Geldgewinne 2. Januar u. März  
**40000**  
 Haupttreffer Mark  
**150.000**  
**5000** usw.  
 Ziehung am 22. Jan. 1919.  
 Los 1 Mark  
 Sehr günstige Gewinnchancen  
 Mit 1000 Glückstaschen mit  
 13 Losen (für nur 12 M.)  
 Porto u. Liste 35 Pf. extra. Zu haben  
 in allen durch Plakate kenntlich Ver-  
 kaufsstellen u. dem Generalvertrieb  
**Eberhard Fetzer**  
 Stuttgart, Friedrichstr. 56.  
 Postcheckkonto 5413

in Wildbad bei Geschn. Gum.

# Württembergische Bürgerpartei

Die Wähler und Wählerinnen der Württembergischen Bürgerpartei erwarten keinen Dank von ihrer Parteileitung.

Ihr Lohn ist das Bewußtsein, ihre Pflicht zu tun.

Sie wirken nicht wie Demokraten und Sozialdemokraten für ihre Partei, sondern für das deutsche Volk.

Württembergische Bürgerpartei Wildbad.